

**Protokoll über die KlimUA - 6/2021-2026. Sitzung des Klimaschutz- und
Umweltausschusses
am 17.06.2024 von 19:00 Uhr bis 20:48 Uhr in Harpstedt, Hotel "Zur Wasserburg"**

Teilnehmerliste		Anwesend von	bis	Bemerkung
Post, Hartmut	Vorsitzende/r	19:00	20:48	
Brinkmann, Bettina	stellvertr. Vorsitzende/r	19:00	20:48	
Beckröge, Lutz-Werner	Mitglied	19:00	20:48	
Brinkmann, Petra	Mitglied			
Gerke, André	Mitglied	19:00	20:48	
Greszik, Heinz-Jürgen	Mitglied	19:00	20:48	
Groen, Lara-Christin	Mitglied			
Hoffmann, Matthias	Mitglied	19:00	20:48	
Huntemann, Regina	Mitglied	19:00	20:48	
Meyer, Sönke	Mitglied	19:00	20:48	
Siemers, Arne	Mitglied	19:00	20:48	
Kamp, Saskia	stv. Mitglied	19:00	20:48	
Hüfner, Jens	Verwaltung	19:00	20:48	
Nagel, Yves	Verwaltung	19:00	20:48	
Reimers, Franziska	Protokollführer/in	19:00	20:48	
Remke, Cord	Gast	19:00	20:48	Harpstedter Energieagentur
Eggersgluß, Dipl. Ing. Heinz	Gast	19:00	20:48	TOP 4
Eiskamp, Frieder	Gast	19:00	20:48	TOP 3
Eiskamp, Florian	Gast	19:00	20:48	TOP 3
Eiskamp, Christopf	Gast	19:00	20:48	TOP 3

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1.	Eröffnung der Sitzung
1.1.	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder
1.2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.3.	Feststellung der Tagesordnung
1.4.	Genehmigung der Protokolle vom 22.06.2023 und 16.11.2023
2.	Einwohnerfragestunde
3.	Wärmeversorgung der Samtgemeindeligenschaften hier: Sachstandsbericht der Bioenergie Eiskamp GmbH & Co.KG BV SG 37/2024
4.	Errichtung von PV-Anlagen auf Liegenschaften der Samtgemeinde Harpstedt hier: Vorstellung der Potentialuntersuchung durch die Firma UTEC und Beratung zur weiteren Umsetzung BV SG 36/2024
5.	Bericht des Samtgemeindebürgermeisters
6.	Anfragen und Anregungen
7.	Einwohnerfragestunde

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung

AV Post eröffnet die öffentliche Sitzung um 19 Uhr und begrüßt nacheinander Familie Eiskamp, Herrn Eggersgluß, die anwesenden Bürger und Pressevertreter sowie die RM und Verwaltungsvertreter.

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder
--

AV Post stellt die ordnungsgemäße Ladung vom 07.06.2024 und die anwesenden Ausschussmitglieder fest. RM Petra Brinkmann wird durch RM Saskia Kamp vertreten. Außerdem fehlt RM Lara-Christin Groen von der FDP. Cord Remke nimmt als beratendes Mitglied teil.

1.2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

AV Post stellt die Beschlussfähigkeit fest.

1.3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Form ohne Änderungen festgestellt.

1.4. Genehmigung der Protokolle vom 22.06.2023 und 16.11.2023
--

AV Post lässt nacheinander über die Protokolle abstimmen.

Das Protokoll vom 22.06.2023 wird bei drei Enthaltungen einstimmig genehmigt.

Das Protokoll vom 16.11.2023 wird bei zwei Enthaltungen einstimmig genehmigt.

2. Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde findet statt. Es werden keine Fragen gestellt.

3. Wärmeversorgung der Samtgemeindelienschaften hier: Sachstandsbericht der Bioenergie Eiskamp GmbH & Co.KG BV SG 37/2024
--

FBL IV Hüfner begrüßt Familie Eiskamp und geht kurz auf die Beratungsvorlage ein. Der bestehende Vertrag mit der Bioenergie Eiskamp GmbH & Co. KG wurde auf Grundlage des alten Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) geschlossen. Dieses läuft nun aus. Aufgrund der Neufassung des EEG kann das Blockheizkraftwerk (BHKW) zukünftig nicht mehr durchgehend laufen und es muss zur Sicherung der langfristigen Versorgung ein neuer Vertrag geschlossen werden. Geplant sei in diesem Zusammenhang unter anderem der Anschluss des Amtshofs und des Sanitärbereichs im Freibad.

Florian Eiskamp erklärt, es gebe zwei Optionen. Entweder muss die bestehende Anlage zukunftsfähig gemacht werden oder aber sie muss zurückgebaut werden. Daraufhin präsentiert er das Zukunftskonzept für die Biogas- und Biomethanproduktion in Harpstedt (siehe Anlage). Am Standort Dreiangel sind seit 2008 / 2009 26 Haushalte und zwei landwirtschaftliche Betriebe an die Wärmeversorgung angeschlossen. Das Freibad, der Kindergarten Zwerngase sowie das Schulzentrum sind an die Wärmeleitung vom Freibad aus angeschlossen.

An einer Darstellung der öffentlichen Nettostromerzeugung in Deutschland zeigt Florian Eiskamp, dass die Stromerzeugung aus Biomasse bisher noch nicht flexibel ist. Aus der Darstellung wird unter anderem deutlich, dass es die größten Versorgungslücken aktuell zwischen sechs und zehn Uhr sowie zwischen 15 und 20 Uhr gibt. Hier könnte die Biomasse Abhilfe schaffen. Am Wochenende wäre es wiederum sinnvoll, das BHKW ganz auszuschalten, da es sonst zu einem Versorgungsüberschuss im Netz kommt.

Der Gasspeicher muss errichtet werden, um mehr Biogas zwischenspeichern zu können. Beim Freibad sollen 2000 KW Leistung dazukommen, sodass es 2,6 MW statt aktuell 0,6 MW geben soll. Weiterhin sei ein isolierter Wärmespeicher mit einem Volumen von 3000 m³ geplant. Dieser könne entweder einen Durchmesser von 15,6 m und eine Höhe von 16 m haben oder einen Durchmesser von 14 m und eine Höhe von 20 m. Zudem sollen noch zwei Trafo-Stationen und ein BHKW hinzukommen. Der Betrieb einer Wärmepumpe soll zur Entlastung des öffentlichen Stromnetzes am Wochenende beitragen und ein „Sicherungskessel“ dient als Notfalloption. Es ist geplant, eine Lärmschutzwand zu errichten. Nachts wird das BHKW allerdings leiser, da der Betrieb heruntergefahren wird.

Nach dem Anschluss des Amtshofs mittels Horizontalbohrung wäre es einfach, auch einige private Häuser im Zentrum des Flecken Harpstedt an die Wärmeversorgung anzuschließen. In den Straßenzügen müssten ca. 80 % der infrage kommenden Häuser angeschlossen werden, damit sich die Ausweitung der Wärmeleitung lohnt.

Weiterhin erläutert Florian Eiskamp, dass die Maßnahmen durch entsprechende Bauleitplanungen vorzubereiten sind. Unter anderem muss der Flächennutzungsplan für das Vorhaben geändert werden muss.

Zukünftig soll im Sommer weniger Biogas erzeugt werden. Stattdessen soll dies in Biomethan umgewandelt werden. Biogas besteht zu 55 % aus Methan. Für die Umwandlung muss das Biogas vorgereinigt werden. Danach wird es durch eine Membran gepresst und anschließend in seine einzelnen Bestandteile aufgeteilt.

Zur Zeit wird eine Trockenfermentation durchgeführt. Das heißt, aktuell wird keine Gülle und kein Mist eingesetzt. Dies soll sich nun ändern.

Beratendes Mitglied Remke lobt das tolle Konzept. Er meint, der Zeitpunkt sei für das Vorhaben ideal, da momentan auch der Auftrag für die kommunale Wärmeplanung Thema ist und das Projekt dort gut mit eingebunden werden kann. Er möchte wissen, wie lange das Verfahren ungefähr dauern wird. Außerdem fragt er, ob nicht schon vorher die Wärmeversorgung des Freibades übernommen werden könnte, falls es einen Wärmeüberschuss gibt. Er findet es zu lang, fünf Jahre darauf warten zu müssen. Weiter bemängelt er, dass es in dieser Legislaturperiode noch keine Erdgasreduzierung gab.

Florian Eiskamp berichtet, dass die KiTa Zwergnase innerhalb der letzten zehn Jahre an die Wärmeversorgung angeschlossen wurde. Dies habe zu einer Erdgasreduzierung beigetragen. Auf die vorherige Frage antwortet er, es sei noch keine genaue Zeit für die Umsetzung des Vorhabens absehbar. Er rechnet mit ungefähr eineinhalb bis zwei Jahren. Aktuell sei es außerdem nicht möglich, die Umkleideräume des Freibads mit Wärme zu versorgen. Dafür sei die Wärmemenge zu knapp. Rein rechnerisch war es damals nicht möglich, die Umkleiden direkt mit anzuschließen.

RM Greszik spricht die Themen Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit an. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, wie verlässlich der Betrieb ist und wie lange die verbindliche Vereinbarung mit der Samtgemeinde gelten soll.

Florian Eiskamp meint, wenn alles gut klappt, solle es hierfür keine zeitliche Begrenzung geben. Er bittet die anwesenden Kommunalpolitiker um Unterstützung, damit das Thema Biogas mehr in den Fokus des Bundestages gelangt.

RM Gerke möchte wissen, ob die Wärmeleitungen zum Amtshof und zu den Freibadumkleiden auch gelegt werden würden, wenn nicht 80 % der infrage kommenden privaten Häuser im zentralen Bereich mit angeschlossen werden.

Florian Eiskamp erklärt, es gehe immer nach Straßenzügen. Wenn an einer Stelle 100 % der Häuser angeschlossen werden sollen und an einer anderen Stelle nur 20 %, dann würde nur der erste Bereich einen Anschluss an das Wärmenetz erhalten. Unabhängig davon mache es Sinn, den Amtshof und die Freibadumkleiden anzuschließen.

RM Bettina Brinkmann wundert sich, woraus das Biogas gewonnen werden soll, wenn nicht mehr Mais angebaut werden soll und auch nicht mehr Gülle anfällt.

Nach Aussage von Florian Eiskamp sollen mehr Substrate, wie zum Beispiel Gras-Silage mit schlechter Qualität und Mais-Stroh, genutzt werden. Außerdem soll Gülle von Landwirten aus der Region zugekauft werden. Die Verwendung von Mais wird zudem gesetzlich gedeckelt.

AV Post unterbricht die Sitzung, damit die anwesenden Bürger Fragen stellen können.

Ein Bürger fragt nach der Größenordnung der Wärmeleistung, woraufhin ihm diese von Florian Eiskamp erläutert wird.

Sodann wird die Sitzung fortgesetzt.

RM Beckröge erklärt, dass die Planung seitens der Grünen unterstützt wird. Vor einiger Zeit habe es auch schon ein Treffen der Bundestagsabgeordneten Christina-Johanne Schröder mit Familie Eiskamp gegeben. Daher schlägt er vor, dort noch mal nach dem aktuellen Stand zu fragen

4. Errichtung von PV-Anlagen auf Liegenschaften der Samtgemeinde Harpstedt hier: Vorstellung der Potentialuntersuchung durch die Firma UTEC und Beratung zur weiteren Umsetzung BV SG 36/2024
--

FBL IV Hüfner leitet den TOP kurz ein.

Anschließend stellt Herr Eggersgluß anhand einer Präsentation die Potentialuntersuchung für die Errichtung von PV-Anlagen auf Samtgemeinde-Liegenschaften vor (siehe Anlage). Hierbei wurden kleine Feuerwehrrhäuser jedoch ausgelassen, da dort nicht so viel Platz für PV-Module bleibt. Die geeigneten Flächen wurden anhand von Luftbildern identifiziert. Es muss jedoch beachtet werden, dass die Statik der Dächer und die Dachhaut noch nicht überprüft wurden. Die Dachhaut sollte eine Lebensdauer von 20 Jahren aufweisen. Außerdem müsse man unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit überlegen, wie viel Strom selbst genutzt werden kann. Für selbst genutzten Strom spart man circa 25 Cent je KWh. Im Falle einer Einspeisung erhält man hingegen lediglich sieben oder acht Cent. Dies sei nicht wirtschaftlich. Bei einem „Volleinspeiser“ wird wiederum mit 12 Cent je KWh eingespeisten Strom gerechnet. Bei einer 20-jährigen Lebensdauer der PV-Anlagen wird von einer Amortisationszeit von 12 Jahren ausgegangen. Sämtliche Aufbauten, wie zum Beispiel Schornsteine oder Dachgauben, wurden bei der Betrachtung außen vorgelassen. Optimal wäre eine Ost-West-Ausrichtung der Dachflächen, da das Produktionsprofil in diesem Fall über den Tag verteilt ziemlich gleichbleibend ist.

RM Siemers weist darauf hin, dass am Dach des Amtshofes laut dem Monumentendienst einiges gemacht werden muss.

FBL IV Hüfner meint, dass es eher um andere Maßnahmen am Gebäude geht und weniger um das Dach. Die Statik werde vorher noch geprüft. Aufgrund des Denkmalschutzes würden die PV-Anlagen nur auf der Innenseite des Amtshofes angebracht werden können.

Bezüglich der Wirtschaftlichkeit möchte beratendes Mitglied Remke wissen, ob die 12-jährige Amortisationszeit auch für kommunale Anlagen gilt. Ohne laufende Kosten hätte sich die Anlage laut seiner Rechnung nach 15 Jahren bezahlt gemacht. Mit Einrechnung der Kosten gebe es beim Feuerwehrhaus Colnrade eine Amortisationszeit von 27 oder 28 Jahren.

Herr Eggersgluß weist darauf hin, dass die Preise sinken. Jedoch fallen bei Kommunen immer auch Kosten für einen Planer an.

Er geht davon aus, dass der Preis zwischen 1250 und 1400 € pro KWp liegen wird. Dabei sind bereits die Teuerung des Strompreises und die Kosten für die Instandhaltung mit eingerechnet. Die Amortisationszeit beträgt somit 12 bis 13 Jahre.

FBL IV Hüfner stellt klar, dass die Wirtschaftlichkeit bei dem Feuerwehrhaus Colnrade keine Rolle gespielt habe. Es ging den RM bei ihrer Entscheidung darum, während der Energiekrise eine Vorbildfunktion einzunehmen.

RM Huntemann fragt, was bei Nr.c der Beschlussempfehlung unter „sukzessive“ zu verstehen ist

und ob andere Liegenschaften nachrücken würden, falls die Anbringung von PV-Anlagen beispielsweise auf der Oberschule nicht möglich wäre.

Dazu erklärt FBL IV Hüfner, dass es auf die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ankommt, in welchem Umfang die Liegenschaften mit PV-Anlagen ausgerüstet werden.

Zudem spricht sich RM Huntemann dafür aus, die Dachflächen, auf denen technisch gesehen mehr möglich, als wirtschaftlich sinnvoll ist, bereits parallel zur Errichtung samtgemeindeeigener PV-Anlagen zugunsten Dritter für die Errichtung weiterer PV-Anlagen anzubieten. Sie schlägt vor, die PV-Anlagen direkt mit anzubringen und erst danach zu verpachten.

Beratendes Mitglied Remke gibt zu bedenken, dass es Jahre dauern könnte, wenn die entsprechenden Haushaltsmittel nicht zur Verfügung stehen. Daher hält er es für sinnvoll, auch zum Beispiel Elterninitiativen für die Errichtung von PV-Anlagen auf Kindergartendächern zu ermöglichen. Dies würde die Verwaltung entlasten und das Bürgerengagement stärken. Außerdem wäre es ein Signal, wenn Dritten mit einem entsprechenden Konzept die Möglichkeit gegeben wird, in die Planung zu gehen, wenn die Samtgemeinde noch nicht so weit ist.

Auch RM Meyer spricht sich dafür aus, die Dachflächen, die technisch nutzbar sind und nicht von der Samtgemeinde beplant werden, den Bürgern zu überlassen

RM Siemers schlägt vor, auf den Dachflächen der Oberschule und der Grundschule gleich mehr PV-Anlagen aufzubringen. Hier gebe es besonders viel Potential für PV-Anlagen.

RM Greszik meint, die Errichtung sei für Private auch wirtschaftlicher, da hier kein Planer beauftragt werden müsse. Aus diesem Grund beantragt er, dass Flächen mit Potential, die aus kommunaler Sicht nicht wirtschaftlich genutzt werden können, sofort freigegeben werden.

Daraufhin erläutert stv. RM Kamp, dass es bei der Potentialstudie ihrer Ansicht nach darum gehe, Energie einzusparen. Das Potential sei dabei abhängig von dem Verbrauch des jeweiligen Gebäudes. Daher sollte die Samtgemeinde zunächst selbst planen.

RM Hoffmann schlägt vor, den Kindergarten Waldburg zunächst nicht weiter zu berücksichtigen, da das Gebäude eventuell abgerissen wird. Die nächsten Jahre sollten die vier wirtschaftlichsten Flächen angegangen werden. Der Rest sollte seiner Meinung nach für Dritte freigegeben werden.

RM Meyer ist dafür, die nicht beplanten Dachflächen freizugeben. Mit der Errichtung von PV-Anlagen sollte möglichst beim Amtshof angefangen werden. Dadurch könne ein Zeichen nach außen gesetzt werden.

SGBM Nagel hält die vorgelegte Beschlussempfehlung für richtig. Die Samtgemeinde sollte zunächst selbst planen und erst danach sollte die Bereitstellung zugunsten Dritter erfolgen.

FBL IV Hüfner schlägt vor, den Passus „e“ der Beschlussempfehlung herauszunehmen. Somit würde nicht festgelegt werden, dass die Freigabe an Dritte erst nach Abschluss der eigenen Planung erfolgt.

RM Huntemann stimmt dem Vorschlag zu. Es gehe darum, möglichst schnell voranzukommen. Daher biete es sich an, die Planungen parallel durchzuführen.

Daraufhin zieht RM Greszik seinen zuvor gestellten Antrag zurück.

AV Post lässt über die vorliegende Beschlussempfehlung abstimmen. Der Passus „e“ wird ersatzlos gestrichen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

- a) **Für den Amtshof ist die denkmalspflegerische Erlaubnis zur Errichtung einer PV-Anlage im Bereich der drei zum Innenhof ausgerichteten Dachflächen zu beantragen. Ein Fachplaner ist mit der Planung zu beauftragen.**
- b) **Auf den Dächern der Oberschule bzw. Spielhalle sind an geeigneter Stelle Module zur Abdeckung einer Eigennutzung von mindestens 40 % zu planen. Ein Fachplaner ist mit der Anlagenplanung zu beauftragen.**
- c) **In den nächsten Jahren ist im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sukzessive die Errichtung von PV-Anlagen auf den besonders gut geeigneten Liegenschaften zu planen. Vorrangig ist hierbei die Abdeckung des Eigenverbrauchs (mindestens 40 %).**
- d) **Für die -nach Abzug der (Dach-) Flächen für den Eigenverbrauch- verbleibenden Flächen wird ggf. über die Installation von weiteren PV-Anlagen zur Direkteinspeisung oder aber eine Verpachtung an Dritte beraten.**

5. Bericht des Samtgemeindebürgermeisters
--

Die Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) gGmbH hat am 10.06.24 eine Rückmeldung zu dem Förderantrag zur Kommunalen Wärmeplanung aus dem Oktober 2023 gegeben: der von der Samtgemeinde Harpstedt beantragte Starttermin (01.06.24) ist nicht mehr haltbar – von daher ist ein neuer Starttermin zu beantragen, ansonsten wird der Antrag abgelehnt. Die geforderte Antragsergänzung erfolgt umgehend. Erst nach der Bewilligung durch die ZUG kann die Ausschreibung der Planungsleistung „Kommunale Wärmeplanung“ erfolgen.

RM Huntemann vergewissert sich, dass der gleiche Antrag lediglich mit einem anderen Datum eingereicht werden muss. Dies ist nach Aussage von SGBM Nagel der Fall.

6. Anfragen und Anregungen

- 1) Beratendes Mitglied Remke regt an, hinsichtlich des hohen Energieverbrauchs des Freibades eine Untersuchung durch einen Energieberater durchführen zu lassen.

AV Post gibt zu bedenken, dass die Gewerbesteuer nicht bei der Gemeinde verbleibt.

FBL IV Hüfner merkt an, dass die Umkleideräume auch im Winter geheizt werden.

Nach Aussage von RM Hoffmann nutzt der HTB die Umkleiden und Duschen des Freibades mit. Zudem wird Warmwasser für tausende Freibadnutzer benötigt.

Herr Eggersgluß ergänzt, dass das Gebäude keine Wärmedämmung besitzt und die angenommenen Verbrauchswerte realistisch sind.

RM Siemers schlägt vor, eine Übersicht über den monatlichen Gasverbrauch des Freibades als Anlage zum Protokoll zu versenden.

7. Einwohnerfragestunde

1) Ein Bürger erkundigt sich nach den durchschnittlichen Sonnenstunden pro Jahr, die der Potentialstudie als Grundlage dienen.

Stv. RM Kamp verlässt die Sitzung um 20:47 Uhr.

Herr Eggersgluß meint, es gebe 1700 bis 1800 reine Sonnenstunden. Dies sei jedoch abhängig vom Einfall der Sonne und der jeweiligen Dachneigung. Als Grundlage für die Untersuchung wurden die mittleren Wetterdaten herangezogen.

Des Weiteren würde der Bürger gerne wissen, ob PV-Module noch viel in Deutschland hergestellt werden.

Beratendes Mitglied Remke meint, ein paar deutsche Hersteller gebe es noch.

AV Post schließt die Sitzung um 20:48 Uhr.

Harpstedt, 04.11.2024

(Yves Nagel)
Samtgemeindebürgermeister

(Hartmut Post)
Ausschussvorsitzender

(Franziska Reimers)
Protokollführerin